

# Brief von Schwarz

28. Januar 1980 Sw/Ga

Az.: Ic-400

An den  
Allgemeinen Studentenausschuß  
der Studentenschaft der THD  
  
z. H. Frau Christina Rüdinger

Betr.: Wohnungsnot der Studenten  
Bezug: Ihr Schreiben vom 11.1.1980

Sehr geehrte Frau Rüdinger,

vielen Dank für Ihren Brief vom 11. Januar, mit dem Sie die Probleme der Wohnungsnot der Studenten ansprechen. Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß im kommenden Wintersemester die katastrophal zu nennende Wohnungssituation wieder auftreten wird. Völlig zu Recht stellen Sie deshalb fest, daß schnell Gegenmaßnahmen ergriffen werden müssen. Leider hat sich gezeigt, daß sofort greifende Abhilfemaßnahmen kaum möglich sind. Zu Ihren Fragen im einzelnen:

1. Die inzwischen angelaufenen Aktionen des Studentenwerks werden kaum dazu führen, daß zum Wintersemester 1980/81 zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Für diesen Zeitpunkt wird nur übrigbleiben, die Notmaßnahmen des vergangenen Jahres zu wiederholen und beispielsweise vorübergehend in Gemeinschaftsräumen Betten aufzustellen. Darüber hinaus muß noch mehr versucht werden, in großen, bisher mit nur einem Studenten belegten Doppelzimmern künftig zwei Studenten unterzubringen.
2. Die Überlegungen des Studentenwerks, mittelfristig die auch hier erwarteten Engpässe zu vermeiden, zielen in den Neubau von Studentenwohnheimen. Auf andere Unterbringungsmöglichkeiten kann von hier aus kaum eingewirkt werden. Denn sowohl der private Zimmermarkt wie auch das Wohnungsangebot in der Stadt wird durch Vorgaben bestimmt, auf die das Studentenwerk kaum einwirken kann.
3. Derzeit werden im Studentenwerk mehrere Projekte zum Bau neuer Wohnheime betrieben. Zum einen ist beabsichtigt, den Altbau Riedeselstraße mit den etwa 6 qm großen Zimmern durch einen Neubau zu ersetzen und hierbei zu-

sätzlich etwa 40 neue Wohnheimplätze zu schaffen. Zum anderen betreibt das Studentenwerk mit großer Intensität die Realisierung eines zweiten Bauabschnitts in der Nieder-Ramstädter Straße 177. Wie Ihnen wahrscheinlich bekannt ist, soll neben dem vorhandenen Wohnheim seit mehr als fünfzehn Jahren ein zweiter und dritter Bauabschnitt nach dem Abriß des alten Polizeipräsidioms verwirklicht werden. Bei realistischer Einschätzung muß man davon ausgehen, daß die Polizei wahrscheinlich erst Mitte der achtziger Jahre in ihr neues Gebäude einziehen kann und dann erst der Weg für den Abriß des alten Gebäudes und für den Neubau des Wohnheimes frei ist. Wir haben deshalb einen zweiten Bauabschnitt in Angriff genommen und wollen auf dem verbleibenden Restgelände einen Neubau mit etwa zweihundert Wohnheimplätzen errichten. Die Verhandlungen werden von hier mit großer Intensität geführt; dennoch muß darauf hingewiesen werden, daß mit Sicherheit in diesem Jahr durch die Baumaßnahme keine neuen Plätze zur Verfügung stehen werden.

Daneben wird derzeit geprüft, ob ein weiteres Wohnheim in der Nähe des Studentendorfs errichtet werden kann. Hier ist zu prüfen, wie diese Absicht mit den bestehenden Ausbauplänen der Technischen Hochschule in Einklang gebracht werden kann. Die Meinungsbildung hierüber ist noch nicht abgeschlossen; es soll jedoch in Kürze ein weiteres Gespräch zwischen den Beteiligten hierüber stattfinden.

Schließlich gibt es Überlegungen, Wohnheimplätze in städtischen Sanierungsgebieten zu errichten. Auch hier kann nicht damit gerechnet werden, daß es gelingt, kurzfristig neuen Studentenwohnraum zu schaffen. Vorgespräche, Planung und Realisierung solcher Projekte erfordern in der Regel erheblich mehr Zeit als die Errichtung eines Wohnheimes auf landeseigenem Gelände.

4. Nach meinen Informationen stehen erhebliche Mittel des Landes für den Studentenwohnraum-Bau bereit. Allerdings ist der Verteilungsschlüssel anders als von Ihnen angesprochen. Nach dem derzeitigen Verteilungsschlüssel übernehmen Bund und Land die Kosten je zur Hälfte. Der Engpaß liegt allerdings bei der Festlegung des Richtwertes pro Bettplatz. Er beträgt gegenwärtig immer noch DM 28.000,-- (je DM 14.000,-- von Bund und Land), obwohl nach Auffassung aller Studentenwerke und übrigens auch aller Bundesländer dieser Richtwert auf DM 35.000,-- erhöht werden müßte. Auch vom Studentenwerk Darmstadt sind verschiedene Initiativen ergriffen worden, den Bund von der notwendigen Erhöhung des Richtwertes zu überzeugen, bisher allerdings leider vergeblich. Hier in Darmstadt droht deshalb auch das ausführungsfähige und bereits ausgeschriebene Projekt Riedeselstraße daran zu scheitern, wenn es nicht gelingt, diese Richtwerterhöhung kurzfristig durchzusetzen.

5. Es hat in der Vergangenheit verschiedene Kontakte zum Magistrat der Stadt gegeben. Leider konnte von dort nicht geholfen werden, weil die gesamte Wohnungssituation in Darmstadt kritisch ist und kaum freie Wohnungen zur Verfügung stehen. Auch Bemühungen um die Anmietung oder Oberlassung von Wohnungen durch die in städtischem Eigentum befindlichen Wohnungsbaugesellschaften konnten deshalb keinen Erfolg haben. Schließlich hat das Studentenwerk dem Magistrat der Stadt mitgeteilt, daß im Hinblick auf die studentische Wohnungsnot großes Interesse bestehe, bei den Bauvorhaben in den Sanierungsgebieten auch Wohnraum für Studenten zu schaffen.

Ich hoffe, daß Ihre Fragen damit ausreichend beantwortet sind. Selbstverständlich stehe ich Ihnen für weitere Informationen oder für ein Gespräch über die gesamte Problematik zur Verfügung.

Anlagen

- DE vom 28.12.79
- Beschlußvorlage der 39. o. Mitgl.vers.  
in Bielefeld
- DT vom 29.12.79

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Dr. R. Schwarz